

Liebe Frauen,

wir haben das Superwahljahr 2009 erfolgreich bestanden. Nach einem tollen Bundesdelegiertentag der FU Deutschland in Duisburg, der seinen Höhepunkt in der „Frauen für Merkel“ Veranstaltung am Sonntag hatte, haben wir einen guten Endspurt bis zum Wahltag am 27. September hingelegt und können seitdem mit unserem Wunschpartner FDP regieren. Angela Merkel ist zum 2. Mal Bundeskanzlerin geworden, und das ist gut für Deutschland! Im aktuellen Koalitionsvertrag finden sich zahlreiche Forderungen der Frauen Union wieder, die nun direkt in die Regierungsarbeit einfließen werden. Ihnen allen, die Sie sich im Wahlkampf für unser gemeinsames Ziel engagiert haben, an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön!



Am 20. November 1999 – also vor 10 Jahren - trat das Landesgleichstellungsgesetz für Nordrhein-Westfalen in Kraft. Es schuf erstmalig einheitliches Recht für einen gleichstellungsorientierten öffentlichen Dienst in der Landesverwaltung und den Kommunen. NRW führte im damaligen Frauenförderungsgesetz die sogenannte leistungsbezogene Quote ein. Damit wurde festgeschrieben, dass Frauen bei gleicher Qualifikation bei Einstellungen und Beförderungen grundsätzlich zu bevorzugen sind.

Diese Quote führt nachvollziehbar zu bewussteren Personalentscheidungen und hat insgesamt Wirkung gezeigt. Seit Bestehen des Landesgleichstellungsgesetzes hat der Frauenanteil im Öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich zugenommen:

Frauen stellen heute mehr als die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes – Tendenz steigend. Auch im höheren Dienst und bei der Besetzung von Führungspositionen sind Frauen immer stärker präsent. Gleichzeitig bestehen gerade in diesen Bereichen nach wie vor die größten Defizite. Hier liegen die Herausforderungen des Landesgleichstellungsgesetzes und der Frauenpolitik für die Zukunft.

Auch in der Familienpolitik geht es zügig voran: der Ausbau des Platzangebotes für Unterdreijährige ist eine Erfolgsgeschichte. Von allen Bundesländern hat Nordrhein-Westfalen seit 2007 die meisten Plätze neu geschaffen - insgesamt 20.511 Plätze. Ein Viertel des gesamten Aufbaus in den alten Bundesländern wurde alleine bei uns in NRW geschaffen.

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung für das Jahr 2010 sieht 1,26 Milliarden Euro für die Kindertagesbetreuung vor. Damit können im Kindergartenjahr 2010/2011 insgesamt über 100.000 Plätze gefördert werden. Das ist ein gutes Signal für Familien in diesem Land!

Nach der Wahl ist immer auch vor der Wahl! Zurzeit laufen bereits überall in NRW die Aufstellungsversammlungen für die Landtagswahl am 9. Mai 2010. Hier ist nach wie vor die FU gefordert, überall da, wo Frauen antreten, diese mit allen Möglichkeiten zu unterstützen! Wir würden uns freuen, wenn die CDU Fraktion in der neuen Legislaturperiode des Landtags NRW weiblicher würde, dazu benötigen wir mehr Kandidatinnen. Dann wollen wir gemeinsam mit Jürgen Rüttgers in unserem Land um die Stimmen der Frauen für die CDU werben.

Herzliche Grüße, Ihnen und Ihren Familien, zunächst jedoch für Sie alle eine besinnliche Adventszeit!
Ihre

Regina van Dinther

Regina van Dinther

Liebe Leserinnen und Leser,

viel Zeit und Arbeit haben sich gelohnt: unter unserer gewohnten www.fu-nrw.de Adresse finden sie seit acht Wochen eine neue Homepage mit einer übersichtlicheren Navigation, aktualisierten Texten, bewegten Bildern und kurzen Videos.

Wir bieten Ihnen hier ein Forum, um auf interessante Aktionen und öffentliche Veranstaltungen in den Kreis- und Bezirksverbänden aufmerksam zu machen. Senden Sie uns per Email ihre Veranstaltungshinweise oder Berichte - gerne auch mit Fotos - zu. Wir werden diese dann unter der entsprechenden Rubrik einstellen. Ich hoffe, unsere neuen Seiten gefallen auch Ihnen. Nach den erfolgreichen Wahlen in diesem Jahr wirft die für uns so wichtige Landtagswahl am 9. Mai 2010 bereits ihre Schatten voraus. Die SPD verbreitet schon jetzt Behauptungen, die sich leicht widerlegen lassen, u.a.:

1. Die CDU gibt keine Antworten auf den wachsenden Druck in den Familien und hat kein Rezept für die beste Bildung.

Die Wahrheit ist: Die Landesregierung stärkt mit 196,3 Millionen Euro die Familien- und Generationenpolitik. Mit dem neuen Kinderbildungsgesetz (KiBiz) wurden die Ausgaben von 819 Millionen Euro in 2007 auf 1,15 Milliarden Euro im Jahr 2009 gesteigert. Rund 1.750 Familienzentren im Kindergartenjahr 2009/10 machen deutlich: immer mehr Familien erfahren Hilfe und Beratung niederschwellig vor Ort.

2. Die CDU vertritt Kürzungen bei der frühkindlichen Bildung und Kürzungen bei den Betriebskosten der Kindergärten, sowie eine Unterdeckung im Landesjugendplan.

Die Wahrheit ist: Mit einer deutlichen Schwerpunktsetzung in frühkindlicher Bildung durch das KiBiz erreichen wir mehr Chancen für Kinder und Familien: Mehr Plätze für unter Dreijährige; eine Steigerung von rund 11.800 auf rund 112.500 Plätze im Jahr 2010 ist eine Verzehnfachung. Mehr Geld für Kinder: Gegenüber 2007 gibt es 54% mehr Geld, vor allem für den Ausbau der U3-Betreuung und den Familienzentren. Der Kinder- und Jugendförderplan bietet seit unserer Aufstockung im Jahr 2005 um mehr als 5 Millionen Euro auf derzeit über 80 Millionen neue Gestaltungs- und Entfaltungschancen für jüngere Menschen.

Weitere Behauptungen und Gegendarstellungen erhalten Sie gerne in der FU Landesgeschäftsstelle auf Anfrage. Sagen Sie den Wählerinnen und Wählern rechtzeitig die Wahrheit!

Nach diesem Superwahljahr haben wir uns alle ein paar Tage der Pause und Besinnung verdient. In diesem Sinne Ihnen und Ihren Familien alles Gute!
Ihre

Silvia Gränddörffer-Bucher

Silvia Gränddörffer-Bucher



Entgeltlücke: Selbsttest für Unternehmen

Gleicher Lohn für Männer und Frauen wird nach Auffassung von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen zu einem immer wichtigeren Wettbewerbsfaktor. Ihr Ministerium stellt jetzt Unternehmen kostenlos einen Selbsttest zur Verfügung. Der soll dazu beitragen, die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern zu verringern. Derzeit verdienen Frauen in Deutschland fast ein Drittel weniger als ihre männlichen Kollegen. EU-weit liegt Deutschland damit im unteren Drittel.

Immer weniger Frauen auf Vorstandsebene

Im Jahr 2008 waren in den 600 führenden deutschen Unternehmen nur 42 von 1.721 Vorstandsmitgliedern Frauen. Das entspricht einem Anteil von weniger als drei Prozent. Die Ergebnisse der Studie des Instituts für Unternehmensführung am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) werden auf politischer Ebene als „erschreckend“ bezeichnet. Insider weisen darauf hin, dass die Zahlen seit 2005 sogar wieder rückläufig sind.

Das Frauenhilfenetzwerk in NRW wird auf hohem Niveau weitergefördert

„Eine verlässliche Finanzierung der Frauenhäuser in NRW ist auch in Zukunft sichergestellt. Laut dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 wird das bundesweit vorbildliche Frauenhilfenetz in Nordrhein-Westfalen auf dem Niveau der Vorjahre weitergefördert. In Zeiten der Haushalts- und Wirtschaftskrise, in denen Sparmaßnahmen oft unumgänglich sind, ist dies ein klares Signal zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.“ Das erklärt Maria Westerhorstmann, frauenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, anlässlich jüngster Medienberichte über Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen.

„In Nordrhein-Westfalen bleiben die bewährten Strukturen erhalten. Mit 10,4 Millionen Euro fördert das Land alle 62 Frauenhäuser, 55 Frauenberatungsstellen sowie 47 Fraueninitiativen gegen sexualisierte Gewalt“, so die CDU-Frauenpolitikerin weiter.

Mit Blick auf die Forderung nach einer bundeseinheitlichen Lösung müsse man anerkennen, dass die Strukturen der Frauenhilfe in vielen anderen Bundesländern längst nicht so gut seien wie in Nordrhein-Westfalen. Hinzu komme, dass aufgrund der Verfassung und der Föderalismusreform die Expertenmeinungen zur Erlassung eines bundeseinheitlichen Gesetzes sehr unterschiedlich ausfielen.

Maria Westerhorstmann: „Der Schutz von Frauen vor Gewalt hat für uns höchste Priorität. Aus finanzieller und administrativer Sicht ist dieser sehr komplex. Er erfordert unterschiedliche Einzelaktivitäten an verschiedenen Stellen. Eine bundeseinheitliche Finanzierung von Frauenhäusern wird dieser Komplexität nicht gerecht werden können.“

Gleichstellungsranking: Deutschland fällt aus den TOP 10

Bereits zum dritten Mal in Folge fällt Deutschland beim Gleichstellungs-Ranking des Weltwirtschaftsforums (WEF) zurück. Belegte das Land im Jahr 2006 noch den fünften Platz und im Jahr 2007 den siebten, ist es nun auf Platz zwölf abgestürzt. Insbesondere auf dem Feld der politischen Teilhabe und wirtschaftlichen Partizipation fallen in Deutschland die Geschlechterunterschiede deutlich zu Ungunsten der Frauen aus.

Böhmer: Lieberknecht ist Chefin!

„Die Frauen Union der CDU gratuliert mit besonderer Freude Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht zu ihrer Wahl. Mit Kraft und großer Erfahrung wird sie die große Koalition in Thüringen erfolgreich führen“, erklärt Maria Böhmer, Vorsitzende der Frauen Union der CDU. „Sie ist die erste CDU-Ministerpräsidentin. Immer mehr Frauen aus den Reihen der Union setzen sich durch und spielen auf Bundes- wie auf Landesebene die entscheidende Rolle. Das Gesicht der CDU hat sich verändert“, begrüßt Maria Böhmer diesen weiteren Meilenstein.



Evangelische Kirche erstmals mit weiblicher Spitze

Mit der Wahl von Margot Käßmann steht erstmals eine Frau an der Spitze der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Die hannoversche Landesbischöfin wurde am 28. Oktober bei der Synodentagung in Ulm zur neuen Ratsvorsitzenden gewählt. Sie bekam 132 von 141 gültigen Stimmen und erreichte damit deutlich die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit. Auch unter Politikerinnen und Politikern trifft die Wahl auf eine breite Zustimmung.

Frauen häufiger von Hunger betroffen

Der diesjährige Welthunger-Index der privaten Hilfsorganisation Welthungerhilfe misst erstmalig den Zusammenhang zwischen Chancengleichheit für Frauen und ihrer Ernährungssituation. Die weibliche Bevölkerung ist in vielen Ländern aufgrund ihres schlechten Bildungsstatus häufiger als Männer vom Hunger betroffen, geht aus dem Bericht zum Index hervor, der am 14. Oktober von der Welthungerhilfe in Berlin präsentiert wurde.

Im Koalitionsvertrag finden sich zahlreiche Forderungen der Frauen Union wieder - Beispiele

- Wir wollen das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umsetzen.
- Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst soll maßgeblich erhöht werden.
- Wir setzen uns für die Durchlässigkeit der Karrierepfade in Wissenschaft und Wirtschaft ein.
- Der Kinderfreibetrag und das Kindergeld werden erhöht.
- Die Qualifikation von Tagespflegepersonen sowie Erzieherinnen und Erzieher und bessere Rahmenbedingungen für Ausbildung und Beruf werden in Kooperation mit Ländern, Kommunen und Verbänden in der Kinderbetreuung ausgebaut.
- Wir setzen uns für familienfreundliche und flexible Arbeitszeitmodelle und Auszeiten vom Beruf ein.
- Für einen aktiven Kinderschutz werden wir ein Kinderschutzgesetz auf den Weg bringen.
- Es wird ein schlüssiges und verständliches Konzept der steuerlichen Berücksichtigung von Aufwendungen für Familien und Kinder und im Haushalt geben.
- Polizeibehörden werden in enger Zusammenarbeit mit den Selbstregulierungskräften der Internetwirtschaft die Löschung kinderpornographischer Seiten betreiben.
- Wir unterstützen verbindliche bundesweit vergleichbare Sprachstandstests für alle Kinder im Alter von vier Jahren und bei Bedarf eine verpflichtende gezielte Sprachförderung vor der Schule sowie darüber hinausgehende unterrichtsbegleitende Sprachprogramme.
- Wir streben eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung vor allem von Älteren und Frauen an und ermutigen zu mehr Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen.
- Um die Verbindlichkeit der individuellen Integrationsförderung zu erhöhen, werden wir das Instrument eines Integrationsvertrages schaffen, mit dem wir sowohl Neuzuwanderer als auch länger im Land lebende Migranten erreichen wollen.
- Wir wollen verstärkt Integrationskurse für Eltern an Kindergärten und Schulen einrichten
- Bildungs- und Ausbildungsinitiative für Migrantinnen.
- Um den Familien die Chance zu geben, Erwerbstätigkeit und die Unterstützung der pflegebedürftigen Angehörigen besser in Einklang zu bringen, wollen wir mit der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst bei Pflege- und Arbeitszeit verbesserte Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf entwickeln.
- Wir werden dafür sorgen, dass ausländische Hilfskräfte ebenso wie pflegende Angehörige oder deutsche Hilfskräfte auch notwendige pflegerische Alltagshilfen erbringen können.
- Wir wollen die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge entbürokratisieren und flexibilisieren.

Brustkrebs-Screening: Jede zweite Frau mit Tumor wird unnötig operiert

Jede zweite Frau, bei der ein Tumor im Rahmen eines Screening-Früherkennungsprogramms gefunden wird, operiert man ohne Nutzen. Dies geht aus einer Studie des renommierten Cochrane-Zentrums in Kopenhagen hervor, welche die Fachzeitschrift «British Medical Journal» veröffentlicht hat. Jeder zweite Tumor in der Brust, der beim Screening entdeckt wird, würde der betroffenen Frau ohne Behandlung nie Probleme machen, schreibt das Forschungsteam um Peter Gøtzsche.

Dank Früherkennung werden vor allem viele kleinste, lokale Tumore gefunden, die sich im so genannten ersten Stadium befinden. «Je früher ein Brustkrebs behandelt wird, desto weniger intensiv muss man ihn behandeln und desto grösser sind die Erfolgschancen», erklären die Krebsliga oder die Organisation Europa Donna. Tatsächlich ist die Erfolgsrate bei diesen kleinen Tumoren sehr gross. In Ländern, in denen viele Frauen am Screening teilnehmen, leben Betroffene nach einer Brustkrebsoperation länger als in Ländern, in denen Tumore erst später entdeckt werden.

Das ist jedoch zum großen Teil ein scheinbarer Erfolg. Jede zweite der operierten Screening-Frauen hätte ohne Screening nie eine Brustkrebs-Diagnose erhalten und hätte ohne Operation von ihren Brustkrebszellen das ganze Leben lang nie etwas gemerkt. Autopsien haben gezeigt, dass über ein Drittel aller Frauen bereits im Alter zwischen 40 und 54 Krebszellen in einer Brust haben. Diese können so langsam wachsen, dass die Frauen sterben, bevor sich Symptome bemerkbar machen. Krebszellen können auch jahrelang nicht weiter wachsen oder sich zurückbilden.

Das Problem: Die Ärzte können nicht vorhersagen, welche der früh entdeckten Krebszellen gefährlich werden und welche schlafend bleiben. Die Ärzte operieren deshalb vorsorglich alle bei der Früherkennung entdeckten Tumore.

Unsere Frauen im Bundeskabinett

Mit vier Ministerinnen sinkt der Frauenanteil im zweiten Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf knapp ein Drittel (31,25%). Dem 16-köpfigen Kabinett gehören zwei CDU-Frauen sowie je eine Politikerin von CSU und FDP an: Es sind wie bisher Familienministerin Ursula von der Leyen und Bildungsministerin Annette Schavan (beide CDU), Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) sowie wieder Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). Angela Merkel ist unzufrieden mit dem Frauenanteil in der Unions-Bundestagsfraktion. Angesichts der „verschiedenen Zwänge“ sei eine weitere Verstärkung des Frauenanteils im Kabinett aber nicht möglich gewesen.

Dafür sollen nun Frauen die zweite Reihe auf der Ebene der Parlamentarischen Staatssekretärinnen verstärken. Ihr Amt als Staatsministerin für Integration im Bundeskanzleramt behalten soll die Vorsitzende der Frauen Union, Maria Böhmer. Als Parlamentarische Staatssekretärinnen sind vorgesehen: Die CDU-Bundestagsabgeordnete und Gesundheitsexpertin Annette Widmann-Mauz wird neue parlamentarische Staatssekretärin im FDP-geführten Gesundheitsministerium, die Unionsabgeordnete Ursula Heinen-Esser (44, NRW/Köln, bisher Parlamentarische Staatssekretärin im Landwirtschaftsministerium) und Katharina Reiche (36, Brandenburg) ziehen ins Umweltministerium ein; die CSU-Bundestagsabgeordnete und „Winzertochter“ Julia Klöckner (36, Bad Kreuznach/Rheinland-Pfalz) wird Parlamentarische Staatssekretärin im CSU-geführten Landwirtschaftsministerium.

CDU im Düsseldorfer Landtag ist die Familienpartei in NRW

„Unsere Politik für Kinder und Familien ist eine Erfolgsgeschichte. Binnen vier Jahren haben wir die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren auf weit mehr als 50.000 vervierfacht.“ Das erklärt die familienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Marie-Theres Kastner, zu den vom Landesamt für Statistik veröffentlichten Zahlen zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren.

Mit dem von der Berliner Koalition geplanten Betreuungsgeld stärke die CDU auch die Familien, die sich bewusst für eine teilweise Betreuung ihrer Kinder zu Hause entschieden.

Kastner: „Das Leben in den Familien zwischen Rhein, Weser und Lippe ist bunt und vielfältig. Die CDU im Düsseldorfer Landtag macht sich für die Familien in NRW in ihrer ganzen Vielfalt stark. Wir sind die Familienpartei in NRW.“

Hilfe bei der Rückkehr in den Beruf

Frauen, die nach der Familienpause in den Beruf zurück kehren wollen, haben immer noch viel zu hohe Hürden zu überwinden. Dabei werden sie in Nordrhein-Westfalen nicht allein gelassen! Mit dem Forum Wiedereinstieg, dem Netzwerk Wiedereinstieg und den Möglichkeiten des Bildungsschecks unterstützt die Landesregierung den beruflichen Neubeginn. Infos findet man im Flyer „Wiedereinstieg? Ich bin dabei!“, im Flyer „Netzwerk W“, in der Broschüre „Frauen zwischen Beruf und Familie“ sowie in „Informationen zum Bildungsscheck“.

Mehr unter www.mgffi.nrw.de/frauen/index.php

Ursula von der Leyen stellt ihre Pläne vor

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen skizzierte vor dem Bundestag nun ihre Pläne für die neue Legislaturperiode.

Im Mittelpunkt stehen neben der Entlastung für Familien vor allem die Bekämpfung der Kinderarmut sowie ein aktiver und wirksamer Kinderschutz.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die bessere Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf durch den weiteren Ausbau bestehender Netzwerke und Kompetenzagenturen mit Initiativen wie „2. Chance“ oder „Jugend stärken“.

Auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie die Stärkung der Gleichstellung in Deutschland durch eine eigenständige Politik für Jungen und Männern sind Vorhaben in der neuen Legislaturperiode.

IMPRESSUM

Herausgeber: Frauen-Union NRW

Satz/Layout, Redaktion: Medienbüro, H. Deninger

V.i.S.d.P.: Silvia Gräzndörffer-Bucher, Landesgeschäftsführerin FU NRW,
Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf

Der Newsletter der Frauen-Union NRW erscheint vier bis sechsmal jährlich; weitere Infos und kostenlose Bestellung unter: newsletter@fu-nrw.de und www.fu-nrw.de

Brüssel: Aufstand der Frauen

Ende November will EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso seine neue Kommission vorstellen. Doch dem Chef der Brüsseler Behörde steht Ärger ins Haus. Weibliche Abgeordnete drohen mit einem parteiübergreifenden Aufstand, sollte Barroso nicht nachbessern. Grund für den Unmut: Derzeit sind nur vier Frauen nominiert. Notfalls wollen Europas Frauen Barroso auflaufen lassen.

Neelie Kroes ist Europas oberste Kartell-Wächterin. „Der richtige Mann auf dem richtigen Posten ist häufig eine Frau“, lautet das Credo der Niederländerin. Sie verkörpert weibliche Power pur in einem der machtvollsten Brüsseler Ämter. Doch Kroes ist eine rühmliche Ausnahme im männerdominierten EU-Zirkus.

Gerade mal acht der 27 Kommissare in der amtierenden EU-Exekutive sind weiblich. Diese magere Quote wollte Behörden-Chef José Manuel Barroso mit seiner neuen Mannschaft, die im Februar antreten soll, verbessern – zumindest aber halten. So hat er es versprochen. Doch daraus wird wohl nichts. Kommende Woche will er sein Team zusammenstellen.

EU sucht ständigen Ratspräsidenten und „Außenminister“

Bislang stehen auf seiner Kandidaten-Liste nur vier Frauen: Lediglich Luxemburgs Viviane Reding und die zyprische Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou bekommen von ihren Regierungen eine zweite Amtszeit. Bulgarien will seine Außenministerin Romyana Zheleva in Barrosos Team schicken, Schweden nominierte die bisherige Europaministerin Cecilia Malmström.

Die Drohung hat Substanz

Das treibt die Brüsseler Damen-Community auf die Barrikaden. Kroes und Kommissions-Vize Wallström warnen, die EU-Exekutive dürfe keine „patriarchalische Einrichtung“ werden. Das sei „schlecht für Europa, schlecht für die Demokratie und schlecht für die Frauen“. Führende Parlamentarierinnen der Bürgerlichen, Sozialisten, Grünen, Linken und Liberalen drohen sogar damit, die neue Barroso-Mannschaft zu kippen, sollte der Frauenanteil nicht höher sein als in der jetzigen Kommission.

EU-Kommission:

Die EU-Exekutive als Ganzes braucht das „Ja“ einer einfachen Mehrheit der Abgeordneten, bevor sie ihre Arbeit aufnehmen kann. Droht Barroso II nun schon vor dem Amtsantritt das Aus? Eine Frauen-Revolution allein reicht dafür nicht aus, denn die Damen stellen nur 35 Prozent der 736 Abgeordneten. Doch sie kämpfen nicht auf verlorenem Posten. Auch zahlreiche Herren – darunter etwa Parlaments-Präsident Jerzy Buzek – machen sich für mehr Weiblichkeit an Europas Spitze stark. Und die Damen wollen in ihren Fraktionen nun breiten Widerstand organisieren.